

Regierungserklärung des Niedersächsischen Finanzministers Hartmut Möllring zur Haushaltslage des Landes Niedersachsen am 2.4.2003

Anrede,

die Zeiten sind vorbei, in denen sich die Regierung eines Landes zwischen zwei Alternativen entscheiden konnte: Entweder die Ausgaben zu erhöhen, um großzügig Geschenke im Land zu verteilen, oder aber den Haushalt mit durchgreifenden und oft auch schmerzhaften Einschnitten zu konsolidieren. Die Zeiten sind glücklicherweise auch vorbei, in denen ein Ministerpräsident Gabriel sagen konnte: „Das geht doch auch beides!“, und der das dann als Makroökonomie verkauft.

Diese Zeiten sind deshalb vorbei, weil sich die Haushaltslage heute in einem katastrophalen Zustand befindet. Der Zustand ist derart katastrophal, dass an einem echten, einschneidenden Sparkurs kein Weg mehr vorbei führt. Wir müssen konsolidieren, weil wir vor der schlichten Alternative stehen: Entweder wir sparen, oder wir werden als Land in kürzester Zeit handlungsunfähig. Sie können sich darauf verlassen: Wir werden sparen. Das ist keine Frage des Wollens mehr, sondern eine Frage des Müssens.

Dazu braucht es Kraft, dazu braucht man frische Ideen, und man braucht vor allem den Mut, diesen Kurs auch dann durchzustehen, wenn der Gegenwind stärker wird. Der neuen Landesregierung mangelt es weder an Kraft, noch an Ideen, noch an Mut, und sie ist zudem von den Wählerinnen und Wählern mit einem eindeutigen Mandat versehen worden, dieses Land und seinen Haushalt zu sanieren. Das Wählervotum ist ein unmissverständlicher Auftrag. Wir werden uns nicht vor ihm drücken.

Anrede,

wir haben in der Opposition immer wieder eingefordert, dass in diesem Hohen Haus Klarheit über die tatsächliche Finanzlage geschaffen wird. Als Landesregierung werden wir diesem Anspruch gerecht werden. Ich möchte die Gelegenheit deshalb heute nutzen, nüchtern den finanzpolitischen Status quo unseres Landes zu beschreiben.

Nur wenn hier im Haus und in der Öffentlichkeit unmissverständlich Klarheit über die finanzielle Lage unseres Landes herrscht, dann können wir uns Phantomdebatten sparen und offen die Probleme angehen, die jetzt dringend zu lösen sind. Dann wird man einen Redebeitrag im Plenum einfach daran messen können, ob er dem Land in dieser Lage konstruktiv weiterhilft oder nicht. Dann sind keine Ausreden mehr möglich.

DIE AUSGANGSLAGE

DRAMATISCHER STEUERVERFALL

Anrede,

Niedersachsen hat derzeit einen Steuerverfall zu verkraften, der in dieser Brutalität beispiellos in der Geschichte unseres Landes ist. Über Jahrzehnte war es üblich, dass die Einnahmen aus Steuern, Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen jedes Jahr im Vergleich zum Vorjahr steigen. Angesichts von Faktoren wie Wirtschaftswachstum und Tarifsteigerungen war dieses Gesetz – von kleinen Ausreißern (1997, 1981) abgesehen – immer eine Selbstverständlichkeit. Im Jahr 2001 hingegen gab es einen schweren Einbruch: Auf Grund des Steuersenkungsgesetzes lagen die Steuereinnahmen um 4,5 Prozent niedriger als im Vorjahr – Länderfinanzausgleich und Bundesergänzungszuweisungen bereits mitgerechnet. Und diese Katastrophe setzte sich im vergangenen Jahr weiter fort: 2002 lagen wir nochmals 8,3 Prozent unter dem ohnehin schon schlimmen Jahr 2001. Das entspricht einem Minus von 1,3 Milliarden Euro innerhalb eines Jahres.

Dieser erschreckende Trend setzt sich auch im laufenden Jahr fort. Auch in den ersten beiden Monaten des Jahres 2003 lagen wir um 7,4% oder 185 Millionen Euro unter den ersten beiden Monaten des Vorjahres und rund 449 Millionen Euro unter dem anteiligen Soll. Ich habe allerdings immer gesagt, man dürfe nicht den Fehler machen, diesen Wert auf das gesamte Jahr hochzurechnen – dazu verlaufen die Steuereinnahmen einfach zu asynchron. Und tatsächlich sah schon im März die Lage wieder wesentlich positiver aus. Aber eines wird auf jeden Fall deutlich: Wir werden in diesem Jahr mit umfangreichen Steuermindereinnahmen zu kämpfen haben – nach unserem derzeitigem Kenntnisstand in einer Größenordnung von rund 250 Millionen Euro, die noch einmal zu den bereits in der letzten Herbst-Steuerschätzung prognostizierten Mindereinnahmen für dieses Jahr in Höhe von rund 1,1 Milliarden Euro hinzukommen. Diese 250 Millionen Euro Mindereinnahmen entsprechen einer Rücknahme der Wachstumserwartung um einen Prozentpunkt.

Diese Steuerausfälle haben zwei wesentliche Ursachen: zum einen die Steuerreform der rot-grünen Bundesregierung, deren Steuerentlastungen auf die Haushalte von Ländern und Gemeinden durchschlagen, die aber nicht zu einer Erholung der Konjunktur geführt haben. Das derzeitige Konjunkturtief ist die zweite – und wichtigste – Ursache für den Steuerverfall des Landes. Solange es der Bundesregierung nicht gelingt, den Konjunkturmotor wieder in Gang zu bringen, solange ist auf der Einnahmeseite der Länder keine Entlastung zu erwarten.

ANSCHNELLENDES AUSGABEWACHSTUM

Diese bedrohliche Einnahme-Entwicklung trifft derzeit alle Länder, aber Niedersachsen trifft sie wesentlich härter, weil die Haushaltslage zusätzlich durch eklatante strukturelle Probleme belastet ist, die den Handlungsspielraum empfindlich – und wesentlich stärker als in anderen Ländern – einengen.

Richtig ist: Wir haben ein Einnahmeproblem. Richtig ist aber auch: Es wurde bislang zu wenig getan, um auf der Ausgabenseite mit ernsthaften Einsparungen gegenzusteuern. Im Gegenteil: Niedersachsen leidet heute unter dem stärksten Ausgabewachstum aller westdeutschen Flächenländer: Die bereinigten Ausgaben, also die Gesamtausgaben des Landes ohne besondere Finanzierungsvorgänge wie Rücklagenzuführungen, Fehlbetragsabdeckungen, haushaltstechnische Verrechnungen oder Tilgungsausgaben am Kreditmarkt, stiegen von 1990 bis 2002 um 39,2% und damit um zwei Prozentpunkte stärker als der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Niedersachsen ist in diesem Ländervergleich das unrühmliche Schlusslicht bei der Begrenzung der Staatsausgaben.

Übrigens ist das Ausgabewachstum in ungewöhnlich kurzer Zeit angeschnellt: Noch 1999 hatte Niedersachsen beim gleichen Ländervergleich den drittbesten Wert. Dann begann die Amtszeit Sigmar Gabriels, der mit seinem rasanten Ausgaben-Steigerungskurs die ohnehin schon schwierige Haushaltslage noch einmal in unverantwortlicher Weise verschärft hat.

REKORD-HAUSHALTSDEFIZIT

Einbrüche bei den Einnahmen, keine Disziplin bei den Ausgaben – natürlich wirkt sich das auf den Finanzierungs-Saldo aus. In den vergangenen zwei Jahren stiegen die Haushaltsdefizite stark an: 2001 entstand ein negativer Finanzierungssaldo von rund 2,7 Milliarden Euro, im Jahr 2002 waren es sogar 3,8 Milliarden Euro oder minus 17,3 Prozent. Damit hat Niedersachsen den im Verhältnis zum Ausgabevolumen schlechtesten Finanzierungssaldo aller westdeutschen Flächenländer.

BESONDERE HÄRTEN: BEB UND EXPO

Richtig ist: Diese erschreckende Bilanz enthält zwei Sonderfälle. Niedersachsen musste rund 2,5 Milliarden DM Förderzins-Einnahmen an das Unternehmen BEB zurückzahlen. Nach dem Länderfinanzausgleich bleiben nach derzeitigem Stand – ich komme gleich noch einmal darauf zu sprechen – rund 615 Millionen Euro beim Land hängen. Zugleich muss das Land einen Anteil von insgesamt rund 336 Millionen Euro EXPO-Schulden tilgen, weil die alte Landesregierung lieber Kredite aufgenommen hat, als die gegenüber dem Soll eingetretenen Steuermehreinnahmen des Jahres 2000 (476,9 Millionen Euro) für die Bewältigung der EXPO-Ausgaben einzusetzen.

Natürlich verschlechtern diese beiden Faktoren die Bilanz erheblich, und natürlich fiel der Ländervergleich ohne diese Faktoren günstiger aus. Aber es reicht nicht, sich immer nur auf „besondere Härten“ zu berufen, wenn man nichts dagegen tut. Sigmar Gabriel hat etwas getan, aber tragischerweise tat er genau das falsche: Er hat nicht etwa vorausschauend Vorsorge getroffen – obwohl man wahrlich kein Nobelpreis-Gewinner sein musste, um beispielsweise die BEB-Pleite oder ein längeres Andauern der Konjunkturschwäche zumindest für denkbar zu halten – , er hat auf fortschreitende Steuereinbrüche und die bekannten Sonderfälle auch nicht etwa mit ernsthaften Sparmaßnahmen reagiert, sondern er hat die Ausgaben seiner Regierung im Gegenteil in Rekordtempo und gegen alle Vernunft in die Höhe getrieben, und die Löcher, die daraufhin überall aufgerissen sind, hat er dann mit neuen Schulden notdürftig verdeckt.

ANSTIEG DER VERSCHULDUNG

Der Weg in die Verschuldung, den Sigmar Gabriel angetreten ist, erinnert am ehesten an eine hektische Flucht, Hals über Kopf und über Stock und Stein: In keinem anderen westdeutschen Flächenland stieg die Verschuldung seit 1990 stärker als in Niedersachsen. Die Pro-Kopf-Verschuldung beträgt in Niedersachsen 5.020 Euro – rund 500 Euro pro Einwohner mehr als im Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Bei der Verschuldung präsentiert sich Niedersachsen als außerordentlich dynamisches Land: die Pro-Kopf-Verschuldung ist von 1990 bis 2002 um 79% gestiegen. Im Vergleich der westdeutschen Flächenländer belegt Niedersachsen damit – hinter Rheinland-Pfalz – den düsteren zweiten Platz; der Durchschnitt der Flächenländer West liegt sogar um sage und schreibe 25 Prozentpunkte niedriger als in Niedersachsen, nämlich bei 54%.

Niedersachsen zahlt allein für Zinsen 276 Euro pro Einwohner – 80 Euro mehr als der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer. Das bedeutet einen unrühmlichen

dritten Platz in diesem Ländervergleich. Zwischen 1990 und 2001 stiegen die Zinsausgaben Niedersachsens um rund 58% an – fast doppelt so stark wie der Durchschnitt der westdeutschen Flächenländer (+32%). Die Zins-Ausgaben-Quote stieg auf rund 10% an, während die westdeutschen Flächenländer insgesamt die Quote auf 7% senken konnten.

HINTERLASSENSCHAFTEN

Diese strukturellen Probleme stellen für unser Land eine schwere Zukunftshypothek dar. Alle Konsolidierungsbemühungen werden noch auf lange Jahre von dieser Last betroffen sein. Und über diese Langzeit-Lasten hinaus hat die alte Landesregierung nach ihrer Abwahl noch eine ganze Reihe offener Baustellen hinterlassen, unvollendete Projekte und finanzpolitische Hinterlassenschaften, mit denen wir umzugehen haben. Einiges davon sind inhaltsleere Luftnummern, anderes sind haarsträubende Fehler, und wieder anderes sind Projekte, die mit großem Getöse angeschoben wurden, bei denen aber wichtige Hausaufgaben nicht erledigt wurden – teils aus Gedankenlosigkeit, teils aber auch aus erschütternder Verantwortungslosigkeit und unter Irreführung der Öffentlichkeit. Ich möchte hier einige der wichtigsten Beispiele nennen, die im Übrigen symptomatisch sind für den ganzen Regierungsstil von Sigmar Gabriel – einen Politikstil, der in einer Reihe von Punkten unserem Demokratieverständnis widerspricht. Es liegt nun an der neuen Regierung, in diesem Wirrwarr Ordnung zu schaffen, um weiteren Schaden vom Land abzuwenden.

- ▶ Zur Finanzierung des **Tiefwasserhafens** wurde in die MiPla 2002-2006 ein Zuschuss des Bundes von 89 Millionen Euro eingestellt. Tatsache ist, dass es weder eine rechtsverbindliche Zusage des Bundes noch einen „letter of intent“ über diesen Finanzierungsbeitrag gibt. Hier sind wichtige Hausaufgaben schlichtweg nicht gemacht worden, die neue Landesregierung wird die Summe beim Bund noch einwerben müssen.
- ▶ Zwischen der alten Landesregierung und Bundesfinanzminister Eichel bestand Übereinkunft, die streitige Verrechnung der **BEB-Rückzahlung** im Länderfinanzausgleich erst nach der Landtagswahl einer Lösung (sog. „2. Verordnung“) zuzuführen. Für das Land Niedersachsen besteht hier nach wie vor ein Risiko von bis zu 300 Millionen Euro, sollte sich die Rechtsauffassung anderer Bundesländer (gestützt auf das „Kirchhoff-Gutachten“) letztendlich durchsetzen. Die alte Regierung hat hier – vermutlich auch aus Angst – eine gefährliche Flanke in unverantwortlicher Weise unnötig lange offen gelassen, statt endlich auf eine Bereinigung der ganzen unrühmlichen Angelegenheit zu drängen. Die neue Landesregierung wird durch Gespräche und Verhandlungen mit Bund und anderen Ländern auf eine tragfähige Lösung hinarbeiten müssen, die möglichst zu keinen weiteren Haushaltsbelastungen über die im Jahr 2002 von BMF vorgeschlagene Kompromissvariante hinaus führt.
- ▶ Bei den **Castor-Transporten** müssen wir trotz der Vergrößerung des Transportumfangs und der Beschränkung der Anzahl der Transporte auf Grund der Erfahrungen der vergangenen Jahre mit mindestens 20 Millionen Euro jährlichen Kosten rechnen. Die alte Landesregierung hatte für entsprechende Sondereinsätze der Polizei im Haushaltsjahr 2003 aber lediglich 8,2 Millionen Euro veranschlagt. Dieser Ansatz ist von der alten Regierung in irreführender Absicht schöngerechnet. Wir müssen ihn jetzt um 12 Millionen Euro – das sind rund 150 Prozent! – nach oben korrigieren, um die zu erwartenden Kosten endlich realistisch veranschlagt zu haben.
- ▶ Im Sommer 2002 erlangte die alte Landesregierung Kenntnis davon, dass im Bereich des **Amtsgerichts Hannover** durch jahrelange **Falschbuchungen** eine Summe von 78 Millionen Euro Einnahmen zu viel im Landeshaushalt vereinnahmt wurden. Die alte Landesregierung entschied, den notwendigen Ausgleich dieses Abwicklungskontos über den Termin der Landtagswahl hinauszuschieben. Er be-

lastet nunmehr den Soll-Abschluss des Haushaltsjahres 2002 und vergrößert den spätestens 2004 zu veranschlagenden Fehlbetrag.

- ▶ Das von der alten Landesregierung beschlossene „**Beschleunigungsprogramm**“ für Investitionen führte im Jahr 2002 zur überplanmäßigen Bewilligung von 45 Millionen Euro. Der Jahresabschluss 2002 wird sich deshalb dementsprechend verschlechtern. Bei planmäßiger Fortsetzung der begonnenen Hochbaumaßnahmen folgt daraus zusätzlich auch noch ein Mehrbedarf beim **Hochbauplafond** im laufenden Haushaltsjahr.
- ▶ Das von der alten Landesregierung beschlossene **Stellenabbau-Programm** von insgesamt 5.527 Stellen der sog. „Zielvereinbarungen“ harrt noch etwa zur Hälfte der Umsetzung. Überhaupt noch nicht konkretisiert ist der Abbau von 365 Stellen; weitere 2.406 Stellen sollen „künftig wegfallen“. Insgesamt sind also 2.771 Stellen als Überhang aus der alten Legislaturperiode noch im Haushaltsplan enthalten, die nunmehr von der neuen Landesregierung in einem großen Kraftakt abgebaut werden müssen. Erst dann kann das neue Stellenabbau-Programm von 6.000 weiteren Stellen greifen. Auch hier hat die alte Landesregierung ihre Hausaufgaben schlicht nicht gemacht.
- ▶ Die alte Landesregierung hatte im Rahmen der Mipla 2002-2006 den **Abbau von Subventionen und Zuwendungen** in Höhe von 50 Millionen Euro beschlossen. Die Konkretisierung dieser Vorgabe wurde auf die Zeit nach der Landtagswahl verschoben – eine weitere Mogelpackung ohne Inhalt, die uns die alte Regierung hinterlassen hat. Der Subventionsabbau wird nunmehr von der neuen Landesregierung umgesetzt werden müssen.
- ▶ Die alte Landesregierung hatte zum 01.11.2002 **700 Lehrkräfte** eingestellt, ohne dass deren Finanzierung im Grundhaushalt 2003 abgesichert war. Hierdurch wurde der Jahresabschluss 2002 mit rund 3,8 Millionen Euro belastet und für den Nachtragshaushalt 2003 ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf von 26 Millionen Euro ausgelöst. Auch in der Mittelfristigen Planung waren lediglich Mittel für eine bis zum 31.7.2004 befristete Beschäftigung fertiger Lehramtsanwärter berücksichtigt worden (19,4 Millionen Euro für 2004).
- ▶ Die alte Landesregierung hat ein bis zum 31.12.2003 befristetes Programm zur Verstärkung der **Hauptschulen** durch **Sozialarbeiter** aufgelegt. Die bislang in Form von Zuwendungen gewährte Kofinanzierung des Landes für die bei den öffentlichen Schulträgern der Hauptschulen beschäftigten Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen bzw. Erzieherinnen und Erzieher in Höhe von bis zu 6 Millionen Euro jährlich läuft zum 31.12.2003 aus. Wir werden dieses Programm angesichts der Haushaltslage nicht weiterführen. Viele Kommunen sind jetzt mit der Einstellung der bislang geleisteten Sozialarbeit konfrontiert.
- ▶ Auch wenn keine neuen Projekte mehr über die **Niedersächsische Finanzierungsgesellschaft** (NFG) realisiert werden, existiert die Gesellschaft derzeit. Wir werden die NFG auflösen und ihre Verbindlichkeiten endlich in Landesschulden überführen. Wenn ich vergangene Woche im Haushaltsausschuss von 126 Millionen Euro gesprochen habe, dann bezog sich das auf den aktuellen Schuldenstand. Zum Zeitpunkt der Überführung der Verbindlichkeiten in die Landesschuld wird die Auflösung dieses Schattenhaushalts den Schuldenstand des Landes infolge weiterer Tilgungen um einen etwas geringeren Betrag erhöhen. Gleichzeitig werden inzwischen in Höhe dieser Verbindlichkeiten Bürgschaften frei. Dies ist ein wichtiger Schritt für mehr Transparenz in der Schuldenfrage.
- ▶ Die **EXPO-Verbindlichkeiten** des Landes werden derzeit über einen zweckgebundenen Kredit getilgt. Auch diesen Kredit werden wir in die allgemeine Verschuldung des Landes überführen.
- ▶ Die alte Landesregierung hat im Rahmen des **Landtagswahlkampfes** gegenüber Dritten **Finanzierungsankündigungen** gemacht, die zwar rechtlich keine Bindungswirkung für das Land entfalten, aber bei den Begünstigten den Anschein der Verbindlichkeit erweckt haben. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang zum Beispiel das von der alten Landesregierung verkündete so genannte **Schulbausanie-**

rungsprogramm. Dieses Ungetüm – ohnehin nur als Wahlkampfshow des alten Ministerpräsidenten gedacht – würde als punktueller Mischfinanzierungstatbestand ordnungspolitischen Grundsätzen völlig widersprechen und an den Bedürfnissen der kommunalen Seite vorbeigehen. Wir können vor dem Hintergrund der Finanzsituation des Landes derartige von Dritten nicht einklagbare Finanzierungsankündigungen nicht bedienen.

JAHRESABSCHLUSS 2002

Ein weiterer offener Punkt, bei dem wir noch nicht abschätzen können, in welchem Umfang er zu einem Finanzierungsproblem werden wird, ist der Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2002. Die Arbeiten am Abschluss dauern derzeit noch an. Nach unseren Hochrechnungen auf der Basis des 2. Vorläufigen Kassenabschlusses sowie der von den Ressorts gemeldeten Einnahme- und Ausgabereise müssen wir aber mittlerweile davon ausgehen, dass wir das Jahr – trotz massiver Kreditaufnahme im Finanzierungsnachtrag in Höhe von 2,95 Milliarden Euro – mit einem Fehlbetrag in einer Größenordnung von rund 200 Millionen Euro abschließen werden, der nun nachträglich zu Lasten der finanziellen Möglichkeiten der neuen Landesregierung gedeckt werden muss.

FINANZPOLITISCHES SZENARIO

Anrede,

es sind eine Menge schlechter Nachrichten, die ich mit dieser Eröffnungsbilanz überbringen muss. Das Land ist derzeit gefangen in einer gefährlichen Dynamik aus steigenden Ausgaben, zunehmender Verschuldung und dramatisch wegbrechenden Einnahmen. Was bedeuten diese schlechten Nachrichten jetzt aber konkret für unsere aktuelle Haushaltsaufstellung?

Die finanzielle Lage des Landes ist nach wie vor in hohem Maße abhängig von der konjunkturellen Entwicklung in Deutschland. Auch wenn die von der Bundesregierung prognostizierte leichte Erholung eintreten sollte, werden wir unsere Einnahmeerwartung um rund 120 Millionen Euro nach unten korrigieren müssen. Läuft die Konjunktur entsprechend schlechter, wird auch dies nicht reichen.

Ich halte in diesem Zusammenhang die derzeitige Wachstumserwartung der Bundesregierung von einem Prozent allerdings für sehr risikobehaftet – und das übrigens nicht zum ersten Mal. Die führenden deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute haben ihre Erwartungen mittlerweile gesenkt. Ihre Prognosen liegen zwischen 0,4% (IfW) und unter 1% (IWH). Auch der stellvertretende Bundestagsfraktions-Vorsitzende der SPD, Joachim Poß, spricht in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* vom 23. März angesichts dieser Konjunkturerwartung von großer „Unsicherheit und Ungewissheit“. Für ihn ist die optimistische Prognose der Bundesregierung lediglich ein Zeichen der „Zuversicht“, und auch Bundesfinanzminister Eichel spekuliert bereits öffentlich über mögliche „Korrekturnotwendigkeiten“.

Wie ich bereits ausgeführt habe, müssen wir derzeit unsere Einnahmeerwartungen wegen der schwachen Konjunktur um weitere 250 Millionen Euro nach unten korrigieren. Darüber hinaus ergibt sich ein zusätzlicher Handlungsbedarf durch notwendige Korrekturen von Haushaltsansätzen, beispielsweise höhere Ansätze für das Wohngeld (28 Millionen Euro), die Korrektur von zu gering veranschlagten Beihilfeaufwendungen (20 Millionen Euro) oder ein Nachfinanzierungsbedarf im Schulbereich für die von der alten Landesregierung eingestellten 700 Lehrer und für Betreuungskosten bei der Verlässlichen Grundschule (insgesamt 50 Millionen Euro). Hinzu kommt außerdem der

Mehrbedarf beim Hochbauplafond – eine der Hinterlassenschaften der alten Regierung, von der ich gerade sprach. Die Größenordnung dieser Korrekturen liegt bei annähernd 200 Millionen Euro.

Außerdem werden wir die haushaltsmäßigen Voraussetzungen für die Einstellung 2500 neuer Lehrerinnen und Lehrer schaffen und das Einstellungsprogramm für 1000 neue Polizistinnen und Polizisten mit der Ausweisung der ersten 250 Anwärterstellen beginnen. Auch hierfür werden im laufenden Jahr rund 41 Millionen Euro fällig – auf ihre Finanzierung werde ich noch zu sprechen kommen.

Anrede,

dies sind die wesentlichen Herausforderungen, mit denen wir in diesem Haushaltsjahr zu rechnen haben. Insgesamt müssen wir uns nach derzeitigem Kenntnisstand auf einen *Worst Case* von maximal rund 650 Millionen Euro einstellen, die durch den von der alten Landesregierung aufgestellten Haushalt und durch den Herbst-Nachtrag nicht gedeckt sind. Ein möglicher Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2002 ist hierin wohlgermerkt noch gar nicht enthalten. Das ist eine außerordentlich erschreckende Summe.

Die Aussicht für die kommenden Jahre sieht nicht besser aus. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einem Konsolidierungsbedarf in Höhe von rund 2,2 Milliarden Euro - wohlgermerkt über die in der Mittelfristigen Planung der alten Landesregierung bereits vorgesehene Nettoneuverschuldung von 1,25 Milliarden Euro hinaus. Sie ergibt sich im wesentlichen aus der bereits in der Mipla ausgewiesenen Deckungslücke von rund einer Milliarde Euro sowie einer Korrektur der Steuereinnahme-Erwartung in einer Größenordnung von mindestens 1,1 Milliarden Euro.

DIE HERAUSFORDERUNG MEISTERN

Anrede,

diese Lage ist historisch beispiellos in Niedersachsen. Sie duldet keinen weiteren Aufschub und fordert schnelles, entschlossenes Handeln. Wir müssen gegensteuern. Wir arbeiten derzeit mit Hochdruck an der Erstellung des Entwurfs für den Konsolidierungs-Nachtrag 2003, mit dem wir die sich öffnende Lücke für das laufende Haushaltsjahr schließen werden. Der Nachtrag wird im Mai in den Landtag eingebracht werden und kann noch im Juni verabschiedet werden.

Parallel zu den Arbeiten am Nachtrag wird ebenfalls bereits der Entwurf für den regulären Haushaltsplan 2004 vorbereitet. Dieser wird im September eingebracht und soll im Dezember verabschiedet werden. Parallel zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfs werden wir außerdem die neue Mittelfristige Planung 2003-2007 vorlegen. Unsere Strategie zur durchgreifenden Konsolidierung der niedersächsischen Landesfinanzen wird in diesen Werken eine umfassende Konkretisierung erfahren.

Eines ist klar: Eine Regierung, die gerade einmal vier Wochen im Amt ist, kann nicht alles ungeschehen machen, was in dreizehn Jahren roter und rot-grüner Regierungen in der Finanz- und Haushaltspolitik versäumt wurde. Es war nicht alles falsch, was in diesen Jahren gemacht wurde, aber vieles von dem, was richtig war, ist von Ministerpräsident Gabriel in kurzer Zeit wieder zunichte gemacht worden. Wir können nicht in vier Wochen alle Löcher stopfen, die seine Regierung uns hinterlassen hat. Das Land wird lange an seiner Hypothek zu tragen haben. Wir machen aber Schluss damit, die Lage schön zu reden und über unsere Verhältnisse zu leben. Wir vollziehen den *Turn-around*, und wir tun dies sofort.

EINSTELLUNGSSTOPP UND VERWALTUNGSREFORM

Angesichts der großen Probleme sind einschneidende Sofort-Maßnahmen unverzichtbar. Noch bevor wir mit dem Nachtragshaushalt den notwendigen Kurswechsel für die Haushalte ab 2004 einleiten können, haben wir deshalb umgehend gehandelt: Wir haben auf die bereits seit Beginn des Jahres geltende Haushaltssperre, die angesichts der Dramatik der Lage längst nicht ausreicht, einen sofortigen Einstellungsstopp aufgesetzt. Insgesamt haben wir die Ressort-Budgets für Personalausgaben um 67 Millionen Euro gekürzt. Das entspricht dem monetären Gegenwert von sage und schreibe über 1.200 Stellen!

Unsere Landesverwaltung muss im Kern mit dem bereits vorhandenen Personal zu-rechtkommen. Da es in dieser Frage andere Behauptungen gegeben hat, möchte ich hier zweierlei klarstellen: Es gibt keine Wiederbesetzungssperre, denn die Verwaltung soll ja nicht handlungsunfähig werden. Und es gibt keinen Beförderungsstopp, weil dies ungerecht, entmutigend und leistungshemmend für die Mitarbeiterinnen und Mit-arbeiter wäre.

Die Landesregierung zeigt damit, dass sie beim Sparen mit gutem Beispiel vorangeht. Statt die Verwaltung weiter aufzublähen, werden wir im Gegenteil sogar 6.000 Stellen im Landesdienst abbauen. Darüber hinaus haben wir die von der alten Landesregie-rung nur pauschal angesetzten Einsparungen bei den Sachkosten in den Ressort-Haushalten umgesetzt. Wir werden Vorschriften abbauen und betriebswirtschaftliche Steuerungsinstrumente einführen. Wir werden die Landesbehörden optimieren und die Bezirksregierungen abschaffen. Das Land wird sich künftig stärker auf seine Kernauf-gaben konzentrieren und die kommunale Selbstverwaltung stärken. Hierfür wird es ei-ne umfassende Verwaltungsreform geben, für die wir mit Sonder-Staatssekretär Mey-ering den richtigen Mann gefunden haben.

VERMÖGENSAKTIVIERUNGEN

Wenn wir von der Rolle des Staates und seinen Kernaufgaben sprechen, müssen wir uns auch die Frage stellen, von welchem Vermögen und welchen Beteiligungen sich der Staat trennen kann. Schon aufgrund der Haushaltslage werden wir die Anstren-gungen zur Vermögensaktivierung noch einmal systematisieren und verstärken. Be-reits Mitte der 90er Jahre wurden rund 800 Millionen Euro durch die Veräußerungen von Beteiligungsvermögen und rund 300 Millionen Euro durch die Veräußerung von Liegenschaften Erlöst. Diese Einnahmen wurden aber leichtfertig verkonsumiert und nicht für nachhaltige Zukunftsinvestitionen oder zur Sanierung des Haushaltes einge-setzt.

Wir müssen leider feststellen, dass der Erzielung von Einnahmen durch die Vermö-gensverkäufe derzeit enge Grenzen gesetzt sind. Zum einen, weil das Erlöspotential mittlerweile sehr beschränkt ist. Zum anderen, weil der Markt derzeit – insbesondere bei Grund und Boden – mehr oder weniger zusammengebrochen ist. So kann die zum Haushaltsausgleich 2002 von der alten Landesregierung vorgesehene Entnahme von 25 Millionen Euro aus dem Liegenschaftsfond derzeit gar nicht vorgenommen werden, weil der Fonds diesen Bestand gar nicht mehr ausweist. Und für Unternehmen, die wie beispielsweise die Spielbanken derzeit mit Verlust arbeiten, lassen sich nur schwerlich Käufer finden. Der Optimismus der alten Landesregierung in diesem Bereich war leider ohne reale Grundlage. Wir werden ganz sicher keine „Notverkäufe“ tätigen, und des-halb sollte man bei der Aktivierung von Landesvermögen derzeit besser keine Wun-derdinge erwarten. Vielfach wird es zunächst einmal darauf ankommen, die Vermö-genswerte des Landes zu sichern und zu entwickeln, damit auch derzeit defizitäre Be-

teiligungen künftig wieder prosperieren und Erträge oder Veräußerungserlöse zumindest mittelfristig möglich werden.

SUBVENTIONSABBAU

Wenn wir von der Rolle des Staates und seinen Kernaufgaben sprechen, können wir auch von Subventionen und Zuwendungen nicht schweigen. Rund 1,9 Milliarden Euro sind im aktuellen Haushalt für solche Zahlungen vorgesehen, das sind rund 8,5 Prozent der bereinigten Gesamtausgaben des Haushalts. Ich halte das für inakzeptabel. Der Staat soll Hilfe zur Selbsthilfe geben, aber er kann nicht überall als großzügiger Sponsor einspringen.

Subventionen müssen deshalb befristet und degressiv gestaltet werden, und ihre Sinnhaftigkeit muss regelmäßig evaluiert und einem strengen Controlling unterworfen werden. Ihre rechtlichen Grundlagen werden verschärft. Wir werden das Landesinteresse bei jeder Subventionsentscheidung wieder stärker in den Mittelpunkt rücken, und wir werden angesichts der Haushaltslage nicht umhin kommen, deutliche Einschnitte vorzunehmen.

Wir haben deshalb den Subventionsabbau, der von alten Landesregierung immer nur global angekündigt, aber niemals wirklich angepackt worden ist, in die Tat umgesetzt und dabei 50 Millionen Euro effektiv eingespart. Dies war ein außerordentlich schwieriger Kraftakt, den die neue Landesregierung gemeinsam geschafft hat. Dieser außerordentliche Erfolg ist nicht nur für die Entlastung des Haushalts wichtig, ich halte dies auch ordnungs- und wirtschaftspolitisch für unabweisbar.

TURN-AROUND FÜR ZUKUNFTSINVESTITIONEN

Die Subventionsfrage zeigt deutlich, dass wir uns entscheiden müssen, ob wir in die Vergangenheit oder in Zukunft investieren. Subventionen und Zuwendungen verzerren Marktmechanismen, begünstigen die Erhaltung überholter Strukturen und verhindern notwendige Modernisierung. Eine klare Zukunftsinvestition hingegen ist die Entscheidung der Landesregierung, 2.500 neue Lehrer und 1.000 neue Polizisten einzustellen. Und um ein Gerücht aus der Welt zu schaffen: Wir werden die 700 Lehrer, die die alte Landesregierung im vergangenen Jahr eingestellt und deren Finanzierung sie nicht sichergestellt hat, **nicht** mit den 2.500 neuen Lehrern verrechnen. Das heißt: Wir finanzieren in diesem Jahr sowohl die 700 als auch die 2.500 neuen Lehrer.

Diese Entscheidung ist richtig, weil Bildung unsere wichtigste Zukunftsressource ist. Eine bessere Bildung bedeutet bessere Zukunftschancen für unsere Kinder, aber auch bessere Wettbewerbsbedingungen für den Standort Niedersachsen. Unsere Investitionen in die Bildung werden sich auszahlen – so wie es sich rächen würde, wenn wir auf sie verzichteten. Und gleiches gilt auch für die Einstellung neuer Polizisten, denn ein Land, das die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger nicht ernst nimmt, hat keine Zukunft.

Auch bei der Frage der Finanzierung bin ich für Klarheit: 2.500 neue Lehrer und 1.000 neue Polizisten kosten uns 41 Millionen Euro im laufenden und 120 Millionen Euro im kommenden Jahr zusätzlich. Wir finanzieren diese Kosten mit einem *Turn-around-Fonds*, der sich aus gemeinschaftlichen Einsparungen in allen Ressort-Haushalten speisen wird. Durch diese Einsparungen sowie den Abbau von Subventionen und Zuwendungen bringen wir in diesem Jahr rund 91 Millionen Euro und im kommenden Jahr rund 170 Millionen Euro auf – Tendenz für die kommenden Jahre: weiter steigend.

KONSOLIDIERUNG ALS GEMEINSAMER KRAFTAKT

Anrede,

für eine Regierung, die erst seit vier Wochen im Amt ist, sind wir bereits außerordentlich weit. Wir haben die kurze Zeit gut genutzt und mit der Kürzung der Personalbudgets, dem beschlossenen Subventionsabbau und der Finanzierung der neuen Lehrer und Polizisten Entschlossenheit und Handlungsstärke bewiesen.

Dies wäre nicht möglich gewesen ohne die engagierte und gewissenhafte Arbeit der Mitarbeiter im Finanzministerium, aber ebenso auch in allen anderen Ressorts. Und eines wird nach den Ministergesprächen mehr als deutlich: Die neue Landesregierung begreift die Sanierung des Landeshaushalts als eine gemeinsame Aufgabe, und sie packt diese Aufgabe auch gemeinsam und kollegial an.

Wir sind allein in den Ministergesprächen zur Aufstellung des Nachtragsentwurfs in nur zehn Tagen um insgesamt **mehr als 250 Millionen Euro** gegenüber der Ausgangssituation vorangekommen. Wir mussten dabei viele – gut begründete – Mehrforderungen der Ressorts auflösen. Das war ein Kraftakt, der nur gelingen konnte, weil diese Landesregierung ernsthaft und geschlossen die Herausforderungen angenommen hat. Diese Geschlossenheit hat die alte Landesregierung leider vermissen lassen.

Alle diese Erfolge zeigen, dass wir bei der Erstellung des Nachtragshaushalts auf einem guten Weg sind. Wir arbeiten weiter mit Nachdruck daran, die vorgefundenen Lücken zu schließen und zukunftsweisende Politik für Niedersachsen zu finanzieren. Nach den reibungslosen und außerordentlich konstruktiven Ministergesprächen kann auch kein Zweifel daran bestehen, dass uns dies gelingt. Wir werden dem Landtag im Mai einen ehrlichen und schlüssigen Nachtrags-Entwurf vorlegen. Bis dahin liegt aber noch ein gewaltiges Stück Arbeit vor uns.

ÜBERNAHME DES TARIFABSCHLUSSES

Anrede,

eine der Herausforderungen, die wir in den nächsten Wochen noch zu meistern haben werden, ist beispielsweise die Übernahme des Tarifabschlusses 2003 auf den Besoldungs- und Versorgungsbereich. Hierzu ist derzeit wenig zu sagen, da die Bundesregierung noch keinen Entwurf eines Bundesbesoldungs- und Versorgungs-Anpassungsgesetzes vorgelegt hat. Klar ist aber, dass wir auch in diesem Bereich nicht die notwendige Sanierung des Haushalts unterlaufen können und dürfen. Wir wollen deshalb die neue Öffnungsklausel für Einsparungen im Besoldungsbereich nutzen. Wir wollen dies aber nicht im Konflikt mit den Beschäftigten tun und werden uns daher eng mit den Personalvertretungen und dem Beamtenbund abstimmen.

STEUERPOLITIK

Angesichts der großen Probleme insbesondere auf der Einnahmenseite des Haushalts liegt einer der Schwerpunkte unserer Finanzpolitik natürlich auf der bundesweiten Steuerpolitik. Auch zu diesem Feld möchte ich hier einige Positionsbestimmungen vornehmen.

Das derzeit aktuellste Thema in der steuerpolitischen Debatte ist natürlich das so genannte „Steuervergünstigungsabbaugesetz“ der Bundesregierung. Die alte Landesregierung hatte durch eine ganze Reihe von Nachbesserungsforderungen schon selbst deutlich gemacht, dass sie diesen Entwurf nicht gerade für der Weisheit letzten Schluss gehalten hat. Die Mehreinnahmen, die sie sich von dem Gesetz versprochen

hat, hat sie aber davon abgehalten, mit diesem verunglückten Entwurf das zu tun, was von Anfang an angemessen gewesen wäre: ihn rundweg abzulehnen.

Ob die angekündigten Mehreinnahmen überhaupt erzielbar sind, ist mehr als fraglich. Es ist zu befürchten, dass die mit den geplanten Maßnahmen zwangsläufig verbundene weitere Schwächung des Wirtschaftswachstums im Gegenteil zu weiteren Einbrüchen bei den Steuereinnahmen führt. Auf längere Sicht werden zudem durch einen Anstieg der Arbeitslosigkeit die sozialen Sicherungssysteme und damit auch die öffentlichen Haushalte zusätzlich belastet. Dass die geplanten Steuererhöhungen ungeachtet dieser zwangsläufig zu erwartenden Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft die prognostizierten Erfolge zeitigen könnten, halte ich für eine Legende, und die Bundesregierung ist bislang jeden Gegenbeweis schuldig geblieben.

Aber ich gehe noch weiter: Selbst wenn sich die Steuereinnahmen über die geplanten Steuererhöhungen kurzfristig tatsächlich nennenswert steigern ließen – und eine mehr als nur kurzfristige Steigerung halte ich für gänzlich unwahrscheinlich –, würden langfristig die negativen Folgen verschiedener zusätzlicher wirtschaftlicher Belastungsfaktoren in einer konjunkturell labilen Situation weit überwiegen. Denn Mehreinnahmen für den Staat bedeuten Mehrbelastungen für Bürger und Unternehmen, Mehrbelastungen, die Leistungs- und Investitionsbereitschaft hemmen und überdies dem privaten Konsum abträglich sind. Angesichts der gesamtwirtschaftlichen Krisenlage, unter der nicht nur Niedersachsen, sondern ganz Deutschland leidet, halte ich die geplanten umfangreichen und überwiegend fiskalisch orientierten Steuererhöhungen wirtschaftspolitisch für verheerend.

Dabei ist eine zielgenauere Steuerung von Steuervergünstigungen – nicht zuletzt aus Haushaltsgründen – dringend erforderlich. Ein „Steuervergünstigungsabbaugesetz“, das diesen Namen verdient, würde deshalb auch unsere Zustimmung finden. Der Entwurf der Bundesregierung in seiner gegenwärtigen Form enthält jedoch gleich eine Vielzahl undurchdachter Steuerbelastungen, während auf der anderen Seite die grundlegenden Probleme unseres Steuersystems geflissentlich umgangen werden. Eine solche investitionsfeindliche und damit arbeitsplatzvernichtende Steuergesetzgebung können wir nicht mittragen. Denn gerade ein Land wie Niedersachsen mit einer mittelständisch geprägten Wirtschaftsstruktur ist auf eine wachstumsfreundliche Steuerpolitik angewiesen, die investitionswilligen Unternehmern die erforderlichen finanziellen Spielräume eröffnet. In diesem Sinne wollen wir uns für eine Vereinfachung des Steuerrechtes bei gleichzeitiger Reduzierung der Steuersätze einsetzen.

Statt wahllos steuerliche Sondertatbestände ohne Rücksicht auf ihre wirtschaftliche Berechtigung abzubauen, sollte die Bundesregierung sich zunächst auf die überfälligen Korrekturen der Unternehmenssteuerreform des Jahres 2000 konzentrieren. Ich meine damit vor allem den Zusammenbruch des Körperschaftssteueraufkommens, den der Systemwechsel im Körperschaftssteuerrecht verursacht hat. Bei der Umstellung wurden die unmittelbaren Auswirkungen der Realisierung in der Vergangenheit angesamelter Körperschaftsteuerguthaben massiv unterschätzt. Hier sind schnelle ursachengerechte Nachbesserungen erforderlich, um die weiterhin drohenden Einnahmeausfälle für die Zukunft zu begrenzen. Wir werden im Vermittlungsausschuss darauf hinarbeiten, dass das Wegbrechen der Körperschaftsteuereinnahmen gestoppt und eine gleichmäßige Steuerbelastung hergestellt werden kann.

ZIELMARKEN

Anrede,

die Leitlinien unserer Finanzpolitik sind auf einen einfachen Nenner zu bringen: Wir müssen die Steuereinnahmen des Staates stärken, und wir wollen dies durch mehr Wachstum erreichen, nicht durch mehr Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger und für Unternehmen. Zusätzliche Belastungen würden den Konjunkturmotor ab und verstärken die Finanzkrise, nur Wachstum kann eine Erholung auf der Einnahmenseite erreichen. Nicht die Steuerzahler sollen die Zeche der Finanzkrise der öffentlichen Haushalte zahlen müssen. Der Staat muss seine unangemessen steigenden Ausgaben selbst in den Griff bekommen. Erst wenn die Einnahmen zusammen mit der Wirtschaft wachsen und die Staatsausgaben wirksam begrenzt werden, erst dann wird der *Turn-around* der öffentlichen Haushalte gelingen. Erst dann kann sich die Schere, die sich über Jahrzehnte nur geöffnet hat, langsam wieder schließen.

Konsolidierungspolitik in Niedersachsen ist notwendig, um die finanzielle Basis – sozusagen die finanziellen Lebensgrundlagen – des Landes zu sichern. Konsolidierung ist aber auch notwendig, um unseren Verpflichtungen im nationalen wie internationalen Rahmen nachzukommen. Nur auf der Basis einer glaubhaften, dauerhaften Konsolidierungsstrategie wird eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung mit wieder kräftigerem Wachstum und Beschäftigungszuwachs möglich sein.

Das Staatsdefizit der Bundesrepublik Deutschland machte im letzten Jahr 3,6 % des Bruttoinlandsproduktes aus und lag damit klar über der „Maastricht-Grenze“ von 3 %. Auch für dieses Jahr wird – allein schon wegen der flauen Konjunktur – die Einhaltung der Defizitgrenze immer unwahrscheinlicher. Im letzten Jahr wurde der Zeitpunkt für die Erfüllung der Verpflichtung aus dem europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakt, die Staatshaushalte in eine mindestens nahezu ausgeglichenen Situation, also „close to balance“ zu bringen, vom Jahr 2004 auf das Jahr 2006 verschoben.

Die Länder haben sich als Gesamtheit im Finanzplanungsrat immer dazu bekannt, ihren Beitrag zur Erfüllung der internationalen Verpflichtungen Deutschlands zu leisten. Dazu gehört eine Begrenzung der Ausgabenwüchse der Länder auf 1% in den Jahren 2003 und 2004, die Verabredung einer quotalen Aufteilung der zulässigen Defizite zwischen den Ebenen sowie die Zielsetzung auch die Defizite der Länder in Richtung „Null“ zu steuern.

Wir halten ausdrücklich an unserer Zielsetzung fest, die Defizite im Landeshaushalt zu verringern und bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode 2013 auch in Niedersachsen eine Haushaltssituation „close to balance“ zu erreichen.

Das bedeutet, dass wir in vielen Bereichen Ausgabemoratorien brauchen, dass in anderen Bereichen auch Ausgaben gekürzt werden müssen, dass vieles, was wünschenswert ist, nicht realisiert werden kann. Ansonsten wird eine Begrenzung der Ausgabenwüchse auf 1% bei ja steigenden Zinskosten, steigenden Tariflöhnen und -gehältern und wieder steigenden Zahlungen im Kommunalen Finanzausgleich nicht möglich sein. Dieser Ausgabenverzicht bedeutet zugleich aber auch die Wiederherstellung von Handlungsfähigkeit.

Nun haben die einzelnen staatlichen Ebenen und auch einzelne Länder sehr unterschiedliche Startpositionen zur Erreichung des Ziels ausgeglichener Haushalte. Der Bundshaushalt wird den Ausgleich objektiv auf Grund seiner Struktur mit wenig Personalausgaben und hohem, grundsätzlich stärker steuerbaren Transferanteil leichter und schneller erreichen können als die Länderhaushalte. Finanzstarke Länder haben geringere Defizite abzubauen als finanzschwache. Niedersachsen hat mit einem Haushaltsdefizit von über 17 % seiner Ausgaben in 2002 unter den westdeutschen Flächenländern die wohl schwierigste Ausgangsbasis. Insofern ist die Zielsetzung, innerhalb von zwei Legislaturperioden den Haushalt zu sanieren, sehr ehrgeizig.

Wir haben uns trotzdem dazu entschlossen, dieses ehrgeizige Ziel anzugehen und auch offen auszusprechen. Ohne Ehrgeiz erzielt man keine Leistung, und ohne Ehrgeiz erzielt man keine Erfolge. Wir haben unser Ziel klar definiert, damit auch der Weg dorthin klar ist. Unser Weg ist der Weg der Modernisierung, der Konsolidierung und des Wachstums.

Die ersten Schritte auf diesem langen Weg sind der Nachtragshaushalt 2003 und der Haushalt 2004. Ich freue mich darauf, die beiden Entwürfe bald mit Ihnen in diesem Haus diskutieren zu können. Die Aufgabe ist gewaltig, aber wir packen sie an.

Ich rufe Ihnen allen zu: Packen Sie mit an!